

Unternehmer Express präsentiert mit  Europäische Kommission - Vertretung in Österreich **den**



TM



HUGO EBERHARDT



Karl Doulík, Europäische Kommission, Leiter der Vertretung in Österreich:

„Zusammenarbeit und Mitwirkung auf EU-Ebene ist für viele Branchen bereits selbstverständlich. Dr. Eberhardt ist für seine Branche seit langem mit 'Sicherheit' an vorderster Front in Europa tätig.“



Manfred Kainz, Unternehmer Express:

„Hugo Eberhardt beweist, dass man mit Fachwissen und Ausdauer in Europa und international im wahrsten Sinne des Wortes Standards setzen kann: in dem oft lebenswichtigen Bereich der Produktsicherheit“.



Erster Europäer des Monats: TÜV-Direktor Hugo Eberhardt kämpft für Qualitätsstandards

„Produktsicherheit ist nicht selbstverständlich“

Der Direktor des Technischen Überwachungsvereins TÜV Austria ist auch Präsident des Internationalen Verbandes der Prüf- und Zertifizierungsorganisationen.

Bereits in seiner dritten Amtsperiode als Präsident der International Confederation of Inspection and Certification Organisations CEOC gestaltet DI Dr. Hugo Eberhardt (Bild) die Europäischen Themen des technischen Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungswesens aktiv mit. „Hauptberuflich“ ist Eberhardt Direktor des TÜV Austria. In den Dachverband CEOC International bringt er sich schon 25 Jahre aktiv ein und war ursprünglich Leiter der CEOC-„Kommission für Umwelt und grosse Risiken“. Die Mitglieder der Internationalen Confederation wählten ihn schliesslich vor acht Jahren zu ihrem neuen Präsidenten. Diese ehrenamtliche Funktion ist mit erheblichem Arbeits- und Zeitaufwand für die europäischen Anliegen und Mitgliederinteressen verbunden: „Allein 2006 war ich 30 Tage im Dienste der CEOC unterwegs“, erklärt Eberhardt im Gespräch. Dazu gehören Verhandlungen mit Vertretern der ISO Organisation in Genf, Präsentationen in der EU-Kommission zu aktuellen Fragen des Normungs- und Qualitätsmanagements, Arbeitstreffen im Europäischen Parlament über die Bedeutung der Normung im technischen Überwachungswesen, Stellungnahmen zu Europäischen Richtlinienentwürfen und vieles mehr.

„Wir werden in den europäischen Organen gerne empfangen und wurden von der EU-Kommission sogar als Institution zur Durchführung spezifischer Studien vorgeschlagen“, ergänzt Eberhardt.

Als Präsident der CEOC vertritt der Österreicher heute 31 Mitgliedsorganisationen aus 21 Ländern - von Bulgarien über die Schweiz bis United Kingdom. „Die Mitgliedsorganisationen beschäftigen rund 70.000 Experten, deren Know



how ich als CEOC-Präsident auf europäischer Ebene artikuliere,“ so Eberhardt. In technischen Kommissionen, gemeinsamen Arbeitsgruppen und Position Papers werden die europäischen Entwicklungen in wichtigen Bereichen der „angreifbaren Technik“ mitgestaltet. Da geht es unter anderem um lebenswichtige Sicherheitsstandards bei Aufzügen, Kränen, Elektrik, Dampfkesseln, Autos und in der gesamten Bautätigkeit.

Freier Markt plus Sicherheit

„Die Regelwerke werden immer komplizierter - früher hatten Normen 20 Seiten, heute 120,“ illustriert Eberhardt. Deshalb sei das aktive Mitgestalten im Entstehungsprozess ganz wichtig, denn „wir wollen den Politikern und Mitarbeitern der EU-Organe vor Augen führen, dass unser aller tägliches Vertrauen in die Sicherheit z.B. eines Aufzuges zertifizierte Qualität, Prüfung und Wartung voraussetzt. Wir wirken sowohl als TÜV als auch als CEOC als Ratgeber und aufklärend, wie technische Dinge funktionieren und aus Sicht der Sicherheit zu behandeln sind.“

Denn der überwiegende Teil der Güter, die täglich auf den Markt kommen, werde nicht von einer unabhängigen Stelle überprüft, weshalb Eberhardt für mehr Marktüberwachung auf europäischer Ebene eintritt. Freier Markt und stichprobenartige Marktüberwachung sei dabei kein Widerspruch, denn die Sicherheit für die Benutzer müsse Vorrang haben.

„Als Österreicher ist man in den EU-Organen gerne gesehen. Auf der Visitenkarte eine neutrale Dachorganisation und



Austria vorweisen zu können, hat oft Vorteile gegenüber Vertretern von sogenannten ‘grossen’ Mitgliedsstaaten“, ergänzt Eberhardt. Auch mit den anderen ÖsterreicherInnen in der EU-Kommission und mit den österreichischen Abgeordneten im Europäischen Parlament gebe es eine gute Gesprächsbasis und konstruktive Kontakte.

Eberhardts positives Fazit als Präsident der CEOC lautet daher: „Ich würde diese Funktion nicht so lange ausüben, wenn ich nicht die Erfolge sehen würde, die man in Europa bei Produktsicherheit und -qualität erreichen kann.“ (kama)

- www.ceoc.com
- www.tuev.at
- <http://ec.europa.eu/austria>

Die Idee hinter dem „Europäer/der Europäerin des Monats“

In dieser neuen Serie "EuropäerIn des Monats" sollen Persönlichkeiten aus der heimischen Wirtschaft vorgestellt werden, die den „europäischen Gedanken“ positiv verkörpern. Indem sie Europa mitgestalten und/oder die Chancen der erweiterten EU nützen, kurz: vorzeigen, wie man von Österreich aus mit und in Europa erfolgreich ist.



BELOG VON BE24.AT

VON
OTHMAR KARAS *

Bargeldloser Zahlungsverkehr wird einfacher, schneller, billiger

Wenn jeder Bürger in der gesamten EU ohne Schwierigkeiten mit seiner Geldkarte zahlen kann, und Überweisungen von und auf das Privatkonto innerhalb eines Tages und ohne Zusatzkosten möglich werden, dann ist das keine Utopie, sondern ein weiterer Schritt hin zu einem Europa der sichtbaren Vorteile. Die Schaffung eines Einheitlichen Europäischen Zahlungsraums wird Überweisungen, Lastschriftverfahren und Kartenzahlungen europaweit vereinheitlichen und Transfers schneller, barrierefreier und kostengünstiger machen. Urlaube, Auslandsaufenthalte und Auslandsgeschäfte werden bequemer und der Mehrwert der EU begreifbarer.

Schnelle Reform

In dem Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, der kürzlich mit breiter Mehrheit vom Plenum des Europäischen Parlaments angenommen wurde, haben die Abgeordneten eine schnelle Reform des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der EU beschlossen.

Banken verpflichtet

Das europäische Bankengewerbe hat sich dazu verpflichtet, mit der Hilfe der EU die Umstellung bis 2012 durchzuführen. Ab 2012 soll jede Zahlung oder Überweisung innerhalb der EU maximal einen Tag dauern. Bis 2012 können Zahlungen per Internetbanking bereits ebenfalls binnen eines Tages durchgeführt werden, Überweisungen per Erlagschein dauern zwei Tage.



Höchstgrenze

Ein weiterer wichtiger Beschluss ist der Einzug einer Haftungshöchstgrenze von 150 Euro für Auslandsüberweisungen.

Auch wenn seit der Einführung des Euro Bargeldzahlungen über nationale Grenzen hinweg vereinfacht wurden, ist der bargeldlose Zahlungsverkehr im EU-Raum aber immer noch durch die nationalen Systeme bestimmt und ist für Privatleute wie für Firmen oft langsamer und teurer.

Gemeinsamer Standard

Bankgeschäfte sollen daher in Zukunft über ein neues europäisches System abgewickelt werden. Damit werden nationale und grenzüberschreitende Transaktionen auf demselben Weg und mit vergleich-

barem Zeitaufwand durchgeführt. Zahlungskarten werden auf einen gemeinsamen Standard gebracht und damit in ganz Europa gleichermassen akzeptabel. Die Vorteile liegen auf der Hand:

Die Vorteile

Weniger Kosten und weniger Verwirrung für Geschäftsleute und Verbraucher gleichermassen. Voraussetzung für den Wechsel zum einheitlichen System ist die Anpassung der nationalen Gesetze, um einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen.

* Othmar Karas, Abgeordneter im Europäischen Parlament, Delegationsleiter und Wirtschaftssprecher der ÖVP-Delegation - und BElogger auf www.be24.at



BELOG VON BE24.AT

VON
HARALD ETTL *

Aus für „Körpergeld“ beim bargeldlosen Zahlungsverkehr

Schon mal die Kreditkarte oder Bankomatkarte verloren? Und sich danach noch mit bürokratischen Hürden und einer hohen Pönale herumschlagen müssen? Eine kürzlich in Strassburg abgestimmte Richtlinie hat es sich zum Ziel gesetzt, den Konsumentenschutz in diesem Bereich zu stärken. Ein Kartenverlust wird von nun an mit höchstens 150 Euro bestraft. Als Ausnahmen werden nur Fälle anerkannt, bei denen es sich um grobe Fahrlässigkeit oder einen betrügerischen Akt handelt.

Preisspanne 1:8

Neben dem Konsumentenschutz steht die Vereinheitlichung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im Mittelpunkt der Richtlinie. Im Europäischen Zahlungsverkehr herrscht derzeit eine Preisspanne im Verhältnis von etwa 1:8. Italien hat etwa 6 bis 8 mal höhere Preise als Österreich.

Bis 100 Mrd einsparen

Die nun erfolgte Einigung bringt auch in finanzieller Hinsicht, sowohl für die Wirtschaft der EU, als

auch für die Kunden grossen Nutzen. Die Einsparungen für die EU-Wirtschaft werden Schätzungen zu Folge etwa 50 bis 100 Milliarden Euro betragen. Kunden ersparen sich zwischen 34 bis 252 Euro pro Jahr. Schon allein diese Zahlen rechtfertigen die Richtlinie.

Begrenzung

Wie lange Überweisungen in der EU in Zukunft dauern dürfen, war lange strittig. Nun hat man sich darauf geeinigt, dass der Betrag am Ende des nächsten Geschäftstages nach erfolgter Zahlung am Konto aufscheinen muss.

Frist

Zwischen dem Inkrafttreten der Richtlinie - voraussichtlich ab November 2009 - bis zum 1. Jänner 2012 wird den Instituten allerdings noch eine Frist von maximal drei Tagen eingeräumt, die die Überweisung dauern darf. Das 'Körpergeld', das sich die Banken mit dem



Ruhen lassen der Gelder gemacht haben, gehört damit der Vergangenheit an.

* Harald Ettl, Abgeordneter im Europäischen Parlament, Arbeitsschwerpunkte Wirtschaft, Beschäftigung, Sozialpolitik - und BElogger auf www.be24.at

BElogs: Österreichs Börsetagebücher

<http://www.be24.at>



Umstritten sind noch das Tempo der Umsetzung und die Zukunft der Universaldienste

Die Postmarktliberalisierung geht voran

Ein 15 Jahre dauernder Prozess geht in seine letzte Phase.

Bis 2009 sollen die Postmärkte in der EU vollständig für den freien Wettbewerb geöffnet sein. Umstritten sind jedoch noch das notwendige Tempo der Liberalisierung und allgemein die Zukunft der Universaldienste in den Mitgliedstaaten, so der Brüssel-Newsletter „OK Europa“ von MEP Othmar Karas.

Im Oktober 2006 hat die EU-Kommission ihren Richtlinienvorschlag zur Vollendung des Binnenmarktes für Postdienste vorgelegt. Eine Einigung zwischen Parlament und Rat unter deutscher EU-Präsidentschaft sei möglich. Der Postsektor ist wirtschaftlich gesehen von grösster Bedeutung, jährlich werden hier ungefähr 1% des EU-Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, ca. 1,7 Millionen Arbeitnehmer werden hier beschäftigt.

Dem Wettbewerb öffnen

Bereits Anfang der neunziger Jahre wurden erste Initiativen zur Liberalisierung des Postsektors eingeleitet. Ziel war vor allem die Öffnung der nationalen Monopole für den Wettbewerb, um Postdienste günstiger, schneller, effizienter und innovativer gestalten zu können. Leistungen in den Mitgliedstaaten sollten weiters harmonisiert und die Qualität der grenzüberschreitenden Dienste verbessert werden. Die erste Richtlinie über Postdienste wurde 1997 verabschiedet, 2002 folgte eine zweite. Beide Richtlinien haben zur angestrebten Öffnung der Postmärkte entscheidend beigetragen, unter anderem bei Paket- und Expressdiensten.

‘Geschlossen’ ist jedoch nach wie vor der Bereich der Beförderung von Briefen unter 50 Gramm. Dieser reservierte Bereich darf nach wie vor nur von ‘Betreibern universeller Postdienste’ durchgeführt werden. Da die Briefbeförderung aber über 70% des gesamten Postaufkommens ausmacht und 60% der Sektoreinnahmen erwirtschaftet, will Binnenmarktkommissar Charlie McCreevey mit seinem neuen

Richtlinienvorschlag auch diesen Bereich bis 2009 dem Wettbewerb öffnen.

Nationale Differenzen

Während das Ziel der Liberalisierung der Postdienste in allen Mitgliedstaaten grundsätzlich auf Zustimmung stösst, bleibt das Tempo der Liberalisierung umstritten. Staaten wie Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, Belgien, Ungarn oder Polen befürchten, dass eine zu schnelle Liberalisierung die öffentlichen Betreiber zerstören könnte und eine Minderung der Dienstleistungsqualität sowie einen umfassenden Abbau von Arbeitsplätzen nach sich ziehen könnte, so Karas in „OK Europa“. Schweden, Finnland oder Grossbritannien hingegen seien der Ansicht, dass der Prozess der Liberalisierung schon viel zu lange dauert, Deutschland und die Niederlande schließen sich hier an - in diesen beiden Ländern wird die Voll liberalisierung voraussichtlich Ende 2008 abgeschlossen sein.

Furcht und Flexibilität

Die Universaldienstverpflichtung garantiert allen Bürgern mindestens eine Zustellung und Abholung von Briefsendungen an fünf Tagen pro Woche. Anbieter solcher Universaldienstleistungen befürchten nun, dass es bei einer vollständigen Liberalisierung der Märkte unmöglich sein würde, diese Dienste aufrechtzuerhalten. Denn die Aufrechterhaltung solcher Dienstleistungen in allen Regionen - Grossstadt, ländlicher Raum, Bergregionen oder abgelegene Insel - kommt teuer und ist nicht immer wirtschaftlich rentabel. Sollte nun auch das Monopol für die Briefbeförderung und damit die Universaldienstverpflichtung abgeschafft werden, befürchten die Betreiber, dass sich neue Marktteilnehmer die Kontrolle über



die gewinnbringendsten Bereiche sichern und die Versorgung abgelegener wohnender Verbraucher vernachlässigen würden. Dies würde umgekehrt dazu führen, dass auch die etablierten Betreiber nicht mehr die notwendigen Mittel hätten, um die weniger einträglichen Regionen zu bedienen. Auf Grund dieser Bedenken sieht der EU-Kommissionsvorschlag vor, dass die Mitgliedstaaten die Sicherstellung der Universaldienste flexibel finanzieren können, wenn es dadurch nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Die Kommission würde auch den Einsatz unmittelbarer staatlicher Beihilfen ermöglichen.

Optionen

Sollten dennoch verbleibende Nettokosten für die Erbringung von Universaldiensten abzudecken sein, können die Mitgliedstaaten unter einer Reihe von Optionen wählen, beispielsweise in Form staatlicher Beihilfen oder Entschädigungsfonds, der öffentlichen Auftragsvergabe oder der Kostenteilung. Es bliebe Sache der Mitgliedstaaten zu entscheiden, welches Modell ihren Bedürfnissen am ehesten entspricht. Weiters sieht der Vorschlag die Stärkung des Verbraucherschutzes sowie die Rolle der nationalen Regulierungsbehörden vor. Die Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments ist für Juli geplant, so „OK Europa“.

► www.othmar-karas.at/newsletter



Fördermittelratgeber gibt Orientierung und Unterstützung, eine Initiative von IKT-Firmen EU-Förderungen: KMU kommen an Millionen heran

Knapp 1,5 Mrd. Euro an EU-Fördermitteln sind bis 2013 für österreichische Unternehmen reserviert.

„Aber viele Fördermittel werden gar nicht abgeholt, vor allem KMU tun sich schwer“, kommentiert Alfred Harl, Obmann des Fachverbands UBIT der Wirtschaftskammer Österreich (WKO). Obwohl zwei Drittel aller eingereichten Förderprojekte im IKT-Bereich erfolgreich sind, haben bisher nur 15 Prozent der österreichischen Unternehmen einen Antrag gestellt.

„Wir hoffen, dass wir diese Quote auf 25 Prozent steigern können. Bis 2013 sollten mindestens 500 Mio. Euro an Fördergeldern abgeholt werden“, gibt sich Harl optimistisch.

Positive Bilanz

Um mehr Orientierung im EU-Förderdschungel bemüht sich die von Microsoft, Intel und HP gegründete Initiative „EU Fördermittel-Ratgeber“. In Zusammenarbeit mit der WKO zielt die Initiative vor allem darauf ab, kleine und mittelständische Unternehmen auf die Förderprogramme der EU aufmerksam zu machen und bei der Beantragung von Geldern zu unterstützen. 500 Tage nach der Gründung konnten die Ratgeber eine erste positive Zwischenbilanz ziehen.

Hohe Erfolgsquote

Seit dem Start wurden mehr als 740 Projekte bei ihren Förderanliegen beraten. Die 30 von der Initiative bis zum Ende begleiteten konnten ein Förder-



volumen von einer Mio. Euro generieren. Insgesamt wurde laut Microsoft-Österreich-Chef Herbert Schweiger über den Fördermittel-Ratgeber ein Fördervolumen von 20 Mio. Euro generiert, bei einem Projektvolumen von 75 Mio. Euro. Die Erfolgsquote - bezogen auf die eingereichten Projekte - liegt bei 85 Prozent. „Dabei bewerben sich neben KMU auch zunehmend so genannte Ein-Personen-Unternehmen um finanzielle Unterstützung“, so Schweiger.

Datenbank

Basis des Fördermittelratgebers ist eine kostenlose, umfassende Fördermittel-Datenbank. „Diese Datenbank beinhaltet nicht nur österreichische, sondern auch EU-weite Projekte“, betont Schwei-

ger. So soll den Unternehmen geholfen werden, die richtigen Fördertöpfe anzuzapfen und die richtigen Unterlagen einzureichen. Als Vermittler zwischen Antragsteller und Fördergeber fungiert das Beratungsunternehmen eurofinder econet, das über ein kostenloses Erstgespräch die Förderwürdigkeit der Projekte beurteilt.

Neue Ressourcen

In den Unternehmen mangelt es noch insbesondere am Wissen über Fördermöglichkeiten und an Ressourcen für die Antragstellung, meint Peter Stadlmann, Geschäftsführer des Webportal-Entwicklers RiS GmbH. Das Projekt „RiS Kommunal 3.0“, das die Umsetzung der WAI-Initiative für barrierefreie Webseiten zum Ziel hat, wurde nach Beratung durch eurofinder econet mit rund 30 Prozent der Gesamtkosten gefördert. Insgesamt erhielt RiS gut 86.000 Euro Forschungsförderung für die Systementwicklung.

Programm kommt gut an

Die EU-Initiative European Union Grants Advisor (EUGA), die durch den Start des Fördermittelratgebers auch in Österreich initiiert ist, läuft derzeit in 19 der 27 EU-Länder, darunter auch Tschechien, Deutschland und Frankreich. Auch in den restlichen acht Ländern sei der Start entsprechender Initiativen geplant, so Microsoft-Sprecher Thomas Lutz. „Im internationalen Vergleich kommt das österreichische Programm sehr gut an.“ (pte)

- www.foerdermittel-ratgeber.at
- www.eurofinder.at

UNTERNEHMER EXPRESS

Medieneigentümer:
Styria Börse Express GmbH
Geiselbergstrasse 15, A-1110 Wien
unternehmer@boerse-express.com
Herausgeber:
Mag. Manfred Kainz (kama)
manfred.kainz@boerse-express.com
Tel: ++43 1 60117-307
Chefredaktion: Mag. Manfred Kainz

Tel: ++43 1 60117-307
Layout/Grafik/Produktion:
Philipp Schlörb
philipp.schloerb@boerse-express.com
Technische Leitung:
DI Josef Chladek
josef.chladek@boerse-express.com
Kooperationen:
Christian Drastil (Tel. 01/60 117-260)
Der „Unternehmer Express“ ist ein Produkt aus der PDF-Serie der Styria Börse

Express GmbH und wird an die Abonnenten per E-Mail versandt.

Wie wird man Abonnent? Kostenlos unter <http://www.boerse-express.com/nl>
Noch mehr Lesenswertes sehen Sie unter <http://www.boerse-express.com/unternehmer>

Vollständiges Impressum:
www.boerse-express.com

